

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Vitako-Branchenticker Nr. 4

Berlin, den 1. Februar 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

Mobilitätskonzepte, Homeoffice-Strategien, Online-Services, IT-Sicherheitszertifikate – Nachhaltigkeit kann viele Gesichter haben. Neben ganz verschiedenen Maßnahmen, Projekten und Programmen ist in dieser Ausgabe der Nachhaltigkeitsbericht des ITDZ Berlin hervorzuheben.

Der IT-Dienstleister zeigt darin, wie die beiden großen Trends „Digitalisierung“ und „Nachhaltigkeit“ sich wechselseitig und verstärkend beeinflussen können. Als wesentliche Ziele hat sich das ITDZ für 2021 vorgenommen, eine Klimaschutzvereinbarung mit Klimaneutralitätspfad bis 2050 zu erarbeiten und die Rezertifizierung des Energiemanagements nach DIN ISO 50001 zu erreichen. Dazu werden als große Stellschraube die physikalischen auf cloud-basierte Server umgestellt. Auch ein Wechsel der Dienstfahrzeuge auf E-Autos wird schrittweise vollzogen. Und im sozialen Bereich fördert das kommunale Unternehmen gezielt Chancengleichheit und Diversität durch einen Frauenförderplan sowie Aktivitäten in verschiedenen Initiativen wie „Berlin braucht dich“, dem Girls' Day und als Mitglied der „Charta der Vielfalt“.

**Bleiben Sie gesund,
Ihr Vitako-Team**

ITDZ: Best Practice für eine nachhaltige Digitalisierung des Landes Berlin



In seinem aktuellen Nachhaltigkeitsbericht beleuchtet das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) zahlreiche ökologische, soziale und ökonomische Best Practice-Beispiele, durch die der IT-Dienstleister seine Verantwortung für die landesweite IT-Infrastruktur umsetzt. Wesentliche Ziele für das Jahr 2021 sind demnach die Erarbeitung einer Klimaschutzvereinbarung mit Klimaneutralitätspfad bis 2050 und die Rezertifizierung des Energiemanagements nach DIN ISO 50001.

Die Umstellung physikalischer Server auf die moderne Cloud-Technologie, der Wechsel der Dienstfahrzeuge auf E-Autos oder die Einführung eines Mehrwegsystems zur Abschaffung von Einwegverpackungen im Betriebs-Bistro seien Beispiele, wie nicht nur die CO₂-Bilanz des ITDZ Berlin entscheidend verbessert werden konnte. So führte die verstärkte Virtualisierung der Server-Landschaft in den ITDZ-Rechenzentren zu einer jährlichen Einsparung von rund 59 Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids, heißt es.

Für das Jahr 2021 hat sich das ITDZ Berlin die Erarbeitung einer Klimaschutzvereinbarung mit einem Klimaneutralitätspfad bis 2050 zum Ziel gesetzt. Darin enthalten seien bereits konkrete Maßnahmen für die nächsten zehn Jahre. Hierzu tauscht sich der IT-Dienstleister durch seine Mitgliedschaft und Aktivität in verschiedenen Gremien, u. a. der Arbeitsgruppe Green IT des IT-Planungsrates, regelmäßig aus.

[Mehr...](#)

Dataport unterstützt Stadt Zeitz



Dataport und die Stadt Zeitz im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt möchten künftig gemeinsame Projekte der Digitalisierung umsetzen. Eine entsprechende Absichtserklärung haben Dr. Ingmar Soll, Leiter Kommunale Lösungen und Bürgerservices von Dataport, und Christian Thieme, Oberbürgermeister von Zeitz, vergangene Woche unterzeichnet. Im Frühjahr soll die

Zusammenarbeit in einem bindenden Vertrag festgehalten werden.

Zeitz sei die erste Stadt im Mitteldeutschen Braunkohlerevier, die Dataport auf ihrem Weg zur digitalen Kommune begleitet, teilte der IT-Dienstleister mit.

Gemeinsam plane man unter anderem, ein kommunales Mobilitätskonzept zu entwickeln, Kulturgüter zu digitalisieren und einen sogenannten Digital Hub einzurichten. Als Innovationszentrum und Ort der Vernetzung soll dieser Hub Veranstaltungen, Weiterbildung und Beratung zu Digitalisierungsthemen ermöglichen und einen Co-Working-Space beherbergen. Dataport selbst wird dort im Frühjahr fünf Arbeitsplätze beziehen.

Die Vereinbarung sieht außerdem eine Zusammenarbeit beim Umsetzen des

Onlinezugangsgesetzes, beim Erarbeiten von Digitalstrategien und Beantragen von Fördermitteln vor. Die Menschen und Unternehmen in der Region sollen mittels Umfragen und Veranstaltungen in die Entwicklung einbezogen werden. (Foto: Screenshot www.zeitz-digital.de)

Mehr...

Leverkusen: Neue IT-Lösung in Führerscheinstelle



Ein neues und moderneres IT-Verfahren soll ab April diverse Vorteile sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Führerscheinstelle als auch für Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen bringen, teilte die Stadt mit. So biete das System u. a. die Möglichkeit, dass Führerscheine in einigen Fallkonstellationen von der Bundesdruckerei direkt an Bürgerinnen und Bürger verschickt werden: Dabei handelt es sich um automatische E-Mail-Benachrichtigungen, sobald Führerscheine vor Ort abholbereit sind. Fahrschulen können die Anträge ihrer Fahrschülerinnen und Fahrschüler künftig online einreichen, anstatt sie persönlich vor Ort abgeben zu müssen. Auch die vielfach kritisierte Anforderlichkeit, Bescheinigungen im Rahmen des Begleiteten Fahrens ab 17 nach der Prüfung in der Führerscheinstelle abholen zu müssen, entfällt mit Einführung des neuen Verfahrens endlich.

Mehr...

KID: Überwachungsaudit erfolgreich absolviert



Beim KID Magdeburg fand unter den verschärften Bedingungen der Corona-Pandemie im vierten Quartal 2020 das jährliche Überwachungsaudit durch den TÜV Rheinland Cert GmbH statt. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen intensiver Kontrolltätigkeit wurden neben vielen Dokumenten zur Umsetzung der Informationssicherheit in der Organisation auch die Infrastrukturbereiche des Rechenzentrums sowie die neuen Geschäftsräume der KID überprüft. Zudem wurden stichprobenartig sicherheitsrelevante Abläufe für den Betrieb des Rechenzentrums aus den verschiedenen Bereichen des Unternehmens auditiert. Schließlich attestierte die TÜV Rheinland Cert GmbH ein positives Resultat und damit die unveränderte Aufrechterhaltung der bestehenden Zertifizierung. Die KID GmbH wird auch weiterhin gemäß den strengen Sicherheitsanforderungen der Norm ISO/IEC 27001 der Implementierung der Informationssicherheit gerecht werden und dessen Rechenzentrum sowie die IT-Services für den kommunalen

Bereich danach ausrichten. Sichtbarer Ausdruck und Ansporn wie Verpflichtung zugleich ist das Zertifikat mit einer Gültigkeit bis zum 05.12.2022.

Mehr...

KDVZ: Vorstandsvorstand einstimmig gewählt



In der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung der kdVZ Rhein-Erft-Rur nach den letztjährigen Kommunalwahlen ist der Vorstandsvorsteher des Zweckverbandes Dr. Patrick Lehmann, Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Frechen (Foto), einstimmig in seinem Amt bestätigt worden. Gleiches gilt für Ingo Hessenius, Kreiskämmerer der Kreisverwaltung Euskirchen, der dem Zweckverband auch weiterhin als 2. stellvertretender Vorstandsvorsteher zur Verfügung steht. Neu in den Vorstand gewählt wurde Axel Fuchs, Bürgermeister der Stadt Jülich, als 1.

stellvertretender Vorstandsvorsteher, der hiermit auf Herrn Axel Buch folgt, der nach 21 Jahren im Dienst der Gemeinde Hürtgenwald in den verdienten Ruhestand getreten ist. (Foto: Stadt Frechen)

Mehr...

LWL baut Home-Office aus



Als Schutz vor der Pandemie hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) den Ausbau von Heimarbeitsplätzen stark beschleunigt. "Neudeutsch gesagt: Corona ist bei uns ein richtiger Home-Office-Booster", erklärte Dr. Georg Lunemann, Kämmerer des Verbandes und gleichzeitig Personalchef von 18.000 LWL-Beschäftigten.

Die Zahl der Home-Office-Plätze beim LWL habe sich seit Beginn der Pandemie auf fast 3.700 mehr als verdoppelt. Damit sei so gut wie jeder zweite Büroarbeitsplatz des LWL mittlerweile zuhause. Lunemann: "Aus DB wie Dienstbesprechung wurde VK wie Videokonferenz. Gerade zu Beginn der Corona-Welle im vergangenen Frühjahr hat unsere IT-Abteilung Außergewöhnliches geleistet: Sie konnte für 1.000 Kolleginnen und Kollegen innerhalb eines Monats deren Arbeit am Computer in deren eigene Wohnung verlegen. Das zeigt auch die hohe Bereitschaft der Mitarbeitenden, so sich und andere zu schützen."

Entscheidend für die weitere Entwicklung sei der konsequente und dauerhafte Ausbau der Digitalisierung. "Ein Notebook und Internet reichen nicht, denn die Kollegen müssen zuhause auch auf die Akten zugreifen können", sagte Lunemann, beim LWL auch zuständig für IT und Digitalisierung. "Und dafür müssen diese Akten in einer Datenbank und nicht auf dem Aktenbock im Büro liegen." Der LWL

habe vor Jahren mit einer Digitalisierungsstrategie begonnen, was sich in der jetzigen Situation auszahle. Langfristig bedeute mehr Homeoffice außerdem weniger Büroraum.

Mehr...

OZG-Umsetzung: Thüringen soll Blaupause liefern



Der Thüringer Finanzstaatssekretär und CIO Dr. Hartmut Schubert (Foto) hat mit dem Staatssekretär im BMI und CIO des Bundes Dr. Markus Richter konkrete Projekte für die OZG-Umsetzung in Thüringen abgesprochen. Damit profitiere Thüringen vom milliardenschweren Digitalisierungsprogramm des Bundes, teilte das Landesfinanzministerium mit.

Zwei Schwerpunkte sollen demnach im Freistaat umgesetzt werden:

1.) Thüringen soll die OZG-Umsetzung in Deutschland durch die Entwicklung von ausgewählten Online-Antragsverfahren unterstützen. „Die Thüringer Minister und ihre Ressorts sind nun gefordert in ihrem Fachbereich aus einer Projektliste Online-Antragsverfahren zu wählen, die sie in Eigenregie umsetzen“, erklärte Schubert, „hierfür stehen umfangreiche Projektmittel des Bundes zur Verfügung. Dabei werden die fertig entwickelten Online-Leistungen dann allen Bundesländern zur Nachnutzung angeboten. Dieses Einer-für-Alle-Prinzip bei der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) soll die Digitalisierung in Deutschland beschleunigen.“

2.) Als besondere Aufgabe soll Thüringen die Einführung von zentral zur Verfügung gestellten Online-Verwaltungsleistungen in den Kommunen erproben und hierfür ein Konzept als Blaupause für alle Länder in Deutschland erarbeiten. Dazu sei in Thüringen eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen vereinbart worden. Erste Pilotkommunen hätten sich für diese herausfordernde Aufgabe bereits gemeldet. (Foto: FM Thüringen)

Mehr...

Digitales Verfahren zur Mutterschutzmeldung



Künftig können Unternehmen in Hamburg für Mutterschutzmitteilungen ein digitales Verfahren nutzen. Für die Betriebe sinke damit mittelfristig der Aufwand, in der Verwaltung steigt die Effizienz. Damit ist die Mutterschutzmitteilung eine von mehreren 100 Verwaltungsleistungen, die gemäß bundesweitem

Onlinezugangsgesetz (OZG) digitalisiert werden. Dabei stehen die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer im Mittelpunkt, teilte das Bundesinnenministerium mit. Weil das bisherige Meldeverfahren bei allen Beteiligten einen hohen manuellen Aufwand verursachte, wurde es von der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz und dem Amt für IT und Digitalisierung der Hamburger Senatskanzlei vereinfacht. Künftig können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Mutterschutzmitteilung digital übermitteln und die Bestätigung für sich und ihre Mitarbeiterinnen im elektronischen Postfach abrufen. Nach dem erstmaligen Anlegen der Betriebsdaten zu einem Unternehmen können die eingegebenen Daten für die Kommunikation mit der Verwaltung immer wieder verwendet werden. Die Kommunikation soll dann vorrangig digital erfolgen. Durch Hilfestellung im Onlineformular wird auch die Datenqualität verbessert. Für Unternehmen, die diesen Weg nicht nutzen können oder wollen, bleibt der herkömmliche Zugang erhalten. Die OZG-Leistung Mutterschutzmeldung gehört in das Themenfeld Unternehmensführung & -entwicklung, welches federführend von BMWi und dem Land Hamburg umgesetzt wird.

Mehr...

Telearbeit: CIO NRW beauftragt IT.NRW



Der Beauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für die Informationstechnik (CIO), Prof. Dr. Meyer-Falcke, beauftragt den zentralen IT-Dienstleister des Landes NRW, den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), die technische Infrastruktur kurzfristig zur Nutzung von

Telearbeit in der Landesverwaltung weiter massiv auszubauen.

Damit komme IT.NRW dem gesteigerten und weiter steigenden Bedarf von Home-Office-Plätzen in der Landesverwaltung nach, heißt es. Im Jahr 2020 hatte sich die Nutzung der Zugänge zur Telearbeit bereits mehr als verdoppelt. Mit dem weiteren Ausbau soll kurzfristig eine höhere Kapazität der technischen Infrastruktur geschaffen werden. Ziel sei es, dass alle Beschäftigten des Landes, die einer Home-Office-fähigen Arbeit nachgehen, von zu Hause arbeiten könnten – in Spitzenzeiten sind das bis zu 60.000 Landesbedienstete gleichzeitig.

IT.NRW betreibt im Auftrag der Landesregierung die zentrale Infrastruktur für die Nutzung von mobilen Arbeitsplätzen. Diese wird von allen Behörden der Landesverwaltung mit Ausnahme der Polizei und der Finanzverwaltung, die eigene Fachrechenzentren einsetzen, genutzt. (Foto: IT.NRW)

Mehr...

Entwurf eines IT-Sicherheitsgesetzes 2.0 vorgelegt



Die Bundesregierung hat den Entwurf eines "IT-Sicherheitsgesetzes 2.0" vorgelegt. Mit diesem "Zweiten Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme" (Drucksache 19/26106) soll der mit dem IT-Sicherheitsgesetz vom Juli 2015 geschaffene Ordnungsrahmen "entsprechend dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode" erweitert werden, heißt es im Gesetz.

Zu den mit dem Gesetz geplanten Änderung zählt den Angaben zufolge eine Verbesserung des Schutzes der IT der Bundesverwaltung u. a. durch weitere Prüf- und Kontrollbefugnisse des BSI und Festlegung von Mindeststandards durch das Bundesamt. Auch sollen Befugnisse zur Detektion von Schadprogrammen zum Schutz der Regierungsnetze geschaffen werden. Vorgesehen ist zudem die Abfrage von Bestandsdaten bei Anbietern von Telekommunikationsdiensten, um Betroffene über Sicherheitslücken und Angriffe zu informieren. Ebenso soll das BSI die Befugnis erhalten, Sicherheitslücken an den Schnittstellen informationstechnischer Systeme zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen zu detektieren sowie Systeme und Verfahren zur Analyse von Schadprogrammen und Angriffsmethoden einzusetzen.

Mehr...

[Vitako ITKalender](#)

02./03.02.2021, [17. Deutscher IT-Sicherheitskongress \(digital\)](#)

25.02.2021, [7. Zukunftskongress Bayern \(digital\)](#)

03.03.2021, [Berliner Anwendertag \(digital\)](#)

11./12.05.2021, Berlin, [Digitaler Staat 2021, \(digital\)](#)

Vitako ITKalender

Vitako Stellenmarkt

030/2063 156 - 0
redaktion@vitako.de
<http://www.vitako.de>

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer: 25326Nz
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE248301028
Informationen zu Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.:

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen dienen der privaten Information der Nutzer dieser Internet-Seite. Eine Weiterleitung dieser E-Mail an die Kunden, Gesellschafter und Mitglieder der Vitako-Mitgliedsunternehmen und -organisationen ist erwünscht. Sie sind kein Angebot von Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. zum Abschluss eines entgeltlichen oder unentgeltlichen Auskunftsvertrages. Durch das Aufsuchen dieser Internet-Seite und/oder den Abruf von auf dieser Internet-Seite enthaltenen Informationen kommt daher kein Auskunftsvertrag zwischen Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. und dem Nutzer zustande.

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen geben lediglich den Kenntnisstand von Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der E-Mail wieder. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in diesem Newsletter gegebenen Informationen aufgrund der unregelmäßigen Erscheinungsperiode nicht mehr aktuell sein können. Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen sind keine wie auch immer gearteten Zusicherungen von Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.

Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. übernimmt für die in diesem Newsletter enthaltenen Informationen keine Gewährleistung und keine Haftung für Schäden, die aus der Nutzung dieser Informationen entstehen..